

Volkswort

für Schlessen • Organ für die werktätige Proletariat

AKTIVITÄT
DISZIPLIN
FEINICKET
Gegen Hitlerbarone

Die „Volkswort“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Kurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig, monatlich 1,55 Reichsmark + 35 Pfennig, Trägerschein = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 20 Pf. Familienanzeiger 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 5852. Druckerei: Breslau 17 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer Kurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Rebellien Nr. 217 38. Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückschickt. 10 beiliegend Einzelnummer 10 Pf.

13. Jahrgang

Freitag, den 9. September 1932

Nr. 212

Sturm

Die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister - Die Regierung kennt nun die Stimmung der Arbeiterschaft gegenüber den Lohnraubplänen

Am Donnerstag hatte der Reichsarbeitsminister mit den Spitzenverbänden der Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften eine Aussprache über Richtlinien für die Anwendung der Beschäftigten-Prämien und der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit.

Sehr harmonisch und friedlich ist die Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Spitzen der Arbeiterschaft verlaufen, die bereits am Mittwoch stattfand. Kein Wunder: die Regierung hat den Arbeitgebern mehr gegeben als sie erhofften. Millionen-Subventionen, Steuererleichterungen, Einstellungsprämien und Lohnabbau — die Regierung zeigte sich, wie fast in der gesamten Presse zum Ausdruck kommt, den Arbeitgebern gegenüber mehr als splendid. Eine Selbstverständlichkeit also, wenn sich Regierung und Arbeitgeber in ihrer Besprechung über die Durchführung des Wirtschaftsprogramms einig waren.

Ein ganz anderes Bild entrollte sich am Donnerstag in der Aussprache zwischen Regierung und Gewerkschaften. Dramatische Szenen gab es in dieser Aussprache. Zusammenstöße drohten zeitweilig die Besprechung zu sprengen, und das will schon etwas besagen. Gewerkschaftsvertreter sind jaumeist nicht Leute, die leicht die Nerven verlieren. Sie haben in unzähligen Verhandlungen Selbstbeherrschung gelernt. Aber das schreiende Unrecht, das der neue Regierungskurs fortgesetzt den Arbeitnehmern gegenüber verübt und in der neuesten Verordnung auf die Spitze treibt, wurde nicht mit einem bloßen Vorbehalt gegen die neuen Vorschriften — wie in der amtlichen Mitteilung über die Besprechung angedeutet wird — beantwortet.

Anklagen, wuchtig und scharf, wurden gegen die Verantwortlichen des neuen Ordnungsrechts gerichtet

Der Schreier der Erbitterung der durch die Arbeiterschaft des ganzen Reiches geht, fand in den Vertretern der Gewerkschaften unerschrockene Dolmetscher. Das Wesentliche der Aussprache war nicht die Erörterung der technischen Seite der Durchführung der neuen Verordnung, sondern der leidenschaftliche Protest gegen ein unumkehrbares Beginnen.

Der Reichsarbeitsminister versuchte unter dem Eindruck dieses Protestes immer wieder die Gewerkschaftsvertreter mit dem Hinweis zu beruhigen, daß das Ziel der Regierung doch die Beschaffung von Arbeit sei und dieses Ziel doch auch das Ziel der Gewerkschaften sei. Das Echo auf Seiten der Vertreter der Arbeiter und Angestellten war: Gewiß soll Arbeit geschaffen werden, gewiß ist das auch unser Ziel, vor allem unser Ziel aber der Weg, den die Regierung einschlägt, ist falsch. Das Lohnprämien-System ist nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch mehr als bedenklich. Es schafft unzulässige und unsäuernde Konkurrenzverhältnisse und garantiert trotzdem noch lange keine fühlbare Mehr-Einstellung von Arbeitskräften. Der neue Lohnabbau, den die Tarifauflösung im Gefolge hat, ruft die Gefahr einer neuen allgemeinen Lohnabbauwelle hervor. Neue Schwächung der Kaufkraft bringt keine Beendigung der Deflation. Senkung der Beschäftigten bis tief unter die Hungergrenze ist keine Lösung der gestellten Aufgabe.

Die Verallgemeinerung des Hungers, unter dem die Arbeitslosen zugrunde gehen, ist kein Weg ins Freie

Die Regierung ist bereits mit ihrer Verordnung zur Senkung der Arbeitslosenunterstützung in eine Sackgasse geraten.

Der Reichsarbeitsminister, der von den Gewerkschaftsvertretern ein erschütterndes Bild gezeichnet bekam über das Elend, das infolge der Unterstützungs-kürzung über die Massen der Arbeitslosen hereingebrochen ist, erklärte, auch er sei davon überzeugt, daß dieser Zustand unhaltbar sei und unbedingt etwas zur Abhilfe geschehen müsse. Auch in der Frage der Blankovollmacht, die sich die Regierung vom Reichspräsidenten für die Umgestaltung der deutschen Sozialpolitik geholt hat, versuchte der Reichsarbeitsminister mit vielen Betenungen und Versicherungen den Sturm zu beschwichtigen.

Die Gewerkschaftsvertreter machten den Minister darauf aufmerksam, daß eine solche Blankovollmacht, wie sie sich die Regierung zur Umkrempelung aller sozialen Einrichtungen vom Reichspräsidenten habe geben lassen, einem Bruch der Verfassung gleichkomme. Nach der Reichsverfassung stehe dem Reichspräsidenten nicht das Recht zu, von vornherein alle gesetzlichen Be-

stimmungen auf sozialpolitischem Gebiet von sich aus völlig umzugestalten. Die Antwort des Ministers war: das wollen wir auch nicht. Worauf es von den Gewerkschaften zurückkam: Wozu dann so viel Elend, Freiheit, wenn man sie gar nicht braucht und auch gar nicht ausnützen will? Und ein Spötter im Hintergrund fragte: Will man etwa künftig nur die Reise nach Neudeck haben?

Wier einhalb Stunden dauerte die Aussprache. Sie war mehr eine Abrechnung als eine Aussprache. Der Regierung wurde harter Wein eingegossen und nichts geschenkt. Schärfste Verwahrung wurde von den Gewerkschaften gegen die neue Notverordnung erhoben. Die Regierung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die gesamte Arbeitnehmerschaft mit allen zulässigen Mitteln gegen dieses Verordnungsunrecht ankämpfen wird. Die Regierung ist jetzt genau im Bilde über die Stimmung und das Urteil der Arbeiter gegenüber dem neuen sozialpolitischen Kurs, und auffallend wirkt, daß sie selbst jetzt nach der Aussprache mit den Gewerkschaften ihre Verordnung eine „Versuchsvorordnung“ zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit nennt. Ist das bereits ein Rückzug? Auch die Regierung nennt ihr Experiment jetzt selbst einen Versuch. Nur ein Versuch ist's, aufgebaut auf Unrecht.

Watschowski's katastrophale Niederlage

Kutielczynski freigesprochen!

4 Monate Gefängnis für die Autobefahrung — Landfriedensbruch verneint — Freispruch auch bei Nazi-Luz und Scharwentke — Glänzende Bladohrens der Verteidiger Wandmann und Braun

Die Schaaweder-Kammer des Breslauer Sondergerichts fällte gestern abend gegen 21.30 Uhr folgendes Urteil in dem großen Landfriedensbruchprozeß gegen Kutielczynski und Genossen: Freigesprochen wurden die Genossen Max Kutielczynski, Fritz Wolf, Alfred Pollak, Paul Scharte, Karl Maria, Georg Beck, Reinhold Duttke, Ewald Flemming und Paul Slawna, sowie die beiden Nationalsozialisten Gerhard Luz und Paul Scharwentke.

Zu je vier Monaten Gefängnis wegen politischer Ausschreitungen gemäß § 12 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 die Genossen Martin Greulich, Kurt Duschek, Heinrich Schmitz, Herbert Haberland, Josef Donath, Franz Wissors, Herbert Duttke, Georg Suchantke, Ernst Schubert, Heinrich Miesler, Walter Gruner, Fritz Würz, Walter Kojag, Kurt Jelsmann. Die Verurteilten wurden nach der üblich gewordenen Praxis bei den Sondergerichten sofort in Haft genommen. Antrag auf Strafaussetzung ist bereits gestellt.

Adliger Nazirädelshörer verhaftet

Königsberg, 9. September. (Eig. Fundbericht.) Im Zusammenhang mit den kurz nach der Reichstagswahl zu verzeichnenden Terrorakten wurde am Donnerstag der Rittergutsbesitzer v. Perbandt aus Bomedien auf Schloß Langendorf bei Tappiau verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines Haftbefehls des Oberstaatsanwalts. Gleichzeitig wurde das Auto des Rittergutsbesitzers sichergestellt. Über zwei weitere Verhaftungen werden im Interesse der Fortführung der Untersuchung vorläufig noch keine Mitteilungen gemacht. Der verhaftete Rittergutsbesitzer betätigt sich seit längerer Zeit nationalsozialistisch. Seine Verhaftung erfolgte, weil er Raubverbrechen, die seinerzeit an den Angriffen auf das Leben mehrerer politischer Persönlichkeiten und an den Bombenattentaten auf das sozialdemokratische Königsberger Blatt beteiligt

waren, nach vollbrachter Tat und nach der Flucht Unterschläpf gewährt haben soll. Die Polizei war noch einer ganzen Reihe anderer an den Königsberger Vorgängen mittelbar oder unmittelbar beteiligter Personen, in der Hauptache Nationalsozialisten, auf der Spur. Durch die vorzeitige Veröffentlichung des hiesigen kommunistischen Organs in einem Extrablatt wurden die Täter jedoch gewarnt. Sie sind inzwischen auf Danziger Gebiet geflüchtet. Der Vater des verhafteten Rittergutsbesitzers hatte sich vor Jahren einen Namen als Mutterlandwirt und Züchter gemacht. Seine beiden Söhne, darunter der jetzt in Haft genommene, gehörten früher dem Stahlhelm an und haben sich dann der Nationalsozialistischen Partei angeschlossen. Seitdem gelten ihre Güter Langendorf und Bomedien als ein Zentrum der nationalsozialistischen Agitation. Gleichzeitig verkehrten sich auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf diesen ehemaligen Mutterbetrieben ganz erheblich.

Unsere Fabrikate sind nicht mit den Waren zu vergleichen, die von den gewöhnlichen Branntweindestillen angeboten werden. Unsere Firma existiert 36 Jahre und unsere Fabrikate werden in ganz Deutschland von den feinsten und größten Geschäften geföhrt. Keine andere Breslauer Firma hat auch nur annähernd einen so weiten Kundenkreis in Likören als wir.



Ostdeutschlands größte Likörfabrik
Herzberg & Co.
gibt die eigenen Fabrikate in 9 Fabrikniederlagen ab:
Röidenstraße 48 | Bücherplatz 17
Leuthenstraße 10 | Michaelsstraße 3
Frankfurter Str. 103 | Selenkestraße 17
Gneissnauplatz 7 | Klosterstraße 64
Gräbischener Straße 66

Vom Faß, per Liter
Breslauer 25% . . . Mk. 1.40
Breslauer 32% . . . 1.90
Rathaus-Crème . . . 2.20
Weinbrand-Verschnitt . . . 2.40
Weinbrand echt . . . 3.80
Jam.-Rum-Versch. 38% . . . 2.45
Prima Spirit Mk. 4.50

Liköre
1/2 Flasche | 1/4 Flasche
30% Mk. 2.00 | Mk. 1.15
Leuchtkäfer, Anisette, Bergamotte-Aroma, Kümmel, Pfefferminz
35% Mk. 2.70 | Mk. 1.50
Prünette, Danziger Goldwasser, Curaçao, Stonsdorfer, Blutorange, Kurfürsten, Halb und Halb, Cherry Brandy, Ingwer-Magen usw.

Extraleine Liköre
mit Flasche
Eiercreme Mk. 2.70
Annaberger 2.40
Aipenkräuter 2.40
Abteilikör 3.50
Noisette 2.90
Eiskümmel 50% 4.-
Boonekamp 48% 4.-
Lebenskropf 50% 4.-
(für Magenkränke)
Himbeersaft Liter Mk. 1.20

Deutscher Weinbrand
hergestellt aus französ. Weinen.
Medizin im Hause
Weinbrand-Verschnitt . p. Fl. 2.00
Echter Weinbrand** . . . 3.00
Filter Weinbrand*** . . . 3.50
Weinbrand ganz alt p. Fl. 4.00 u. 5.00

Trud- nur
Blücher-
platz 20, l.
Ecke Ring, früher Karlstr. 1.
Leibweise
Smoking u. Gehrodanzjgite
Klapphüte - Tel. 57082

STADTTHEATER
Freitag, 20-22.45
Die verkaufte Braut
Sonnabend, 20 - gegen 21
Der Freischütz
Sonntag, 20 - gegen 22.45
Der Opernball

LOBETHEATER
Täglich 20.15-22.15
Die Journalisten

GERHART-HAUPTMANN-
THEATER
Täglich 20.15 bis 20.30
Und Wipps tanzt

CIRKUS
BUSCH
Heute Freitag ringen:
Gzürchin - Schulz
Entscheidung:
Baroly - Ööring
Mosig - Trinkgeld
Entscheidung:
Sasarski - Hagy Sander
8 1/2 / Tel. 29135

Primus-Palast
Hubenstraße 10
Tobende Lachstürme
über das Tollste aller Militär-Tonlustspiele
Dienst ist Dienst
Kaczmarek's Erlebnis beim Militär
In den Hauptrollen:
Fritz Schulz / Ralph Arthur Roberts / Lucie Eaglich usw.
Ferner:
Ein Tonfilm nach einer wahren Begebenheit
Die große Liebe einer Mutter
Nach langen Jahren kehrt ein kriegsverschollener Sohn als letzter in die Heimat zurück
9632 Ufa-Wochenschau
Täglich 1/2, 5 Uhr. - Erwerbslose zahlen halbe Preise.
Sonntag 3 Uhr:
Große Jugend-Vorstellung

Zentral
Theater - Wendenstr. 50
Am Donnerstag, den 15. September
Eine Lustspielwoche von ungewöhnl. Ausmaßen!
2 Groß-Tonfilme
1. Die reizende Tonfilm-Operette
„Die verlobte Firma“
mit Gustav Fröhlich, Lies Deyr, Amy Allen, Ernst Vamber u. a. m.
2. Die lustigste aller Tonfilm-Possen:
„Der verlobte Anwalt“
Der Tonfilm der Komiker: Fritz Schulz, Georg Alexander, Paul Nubinger, Trude Berliner, Adele Sandrock, Kurt Lilien, Kurt Vespermann u. v. a. m.
3. Ufa-Wochenschau
Im Varieté-Teil:
3 große Attraktionen!
1. 3 Walkers 3. Die berühmten lustigen
Essenik-Tänzer und Parodisten.
2. Bruno Christoph, der verblüffende
humor. Zaubermeister (Zum 1. Mal in Breslau)
3. The two Sultanas. Der sensationelle Lottakt.
Beginn tägl. 4.30 - Letzte Vorstellung 8.45 Uhr.

ATLANTIK
Gräbischener Straße 74 Tel. 58508
Das Elite-Programm von besonderer Mischung!
Anny Ondra in dem reizenden Tonfilmschwank
„Eine Nacht im Paradies“
mit Hermann Thimig, Ralph Arthur Roberts
Der Film der populären Schlager:
„Mir ist heut Nacht so sonderbar“
„Mein kleines Fräulein sagen wir Du“
Dazu der Ufa-Tonfilm der großen Sensationen
„Helden der Luft“
Energie, Fervor, Abenteuerlust, die nur legendär überdauert
Ufa-Tonwoche
Im Varietéteil 2 Attraktionen:
„3 Bräutigam“
die mächtigsten Gladiatoren
der jüngeren Generation
Beginn 4.50
„Ralph Berney“
der beliebte Humorist und
Contrefreier
Letzte Vorstellung 9 Uhr

Jetzt und im Herbst
können Sie diese wirklich
prakt., spottbilligen
4
Damen-
Kleider
tragen.
Immer noch!
Schöne Sortimente moderne
Wasch-Kleider
und
Damen-Mäntel
jetzt aber
ganz, ganz billig

Wachstuchseidenes
Frauenkleid
dunkelrödig, aparte
Muster, bis Größe 52,
elegante veror-
belleit . . . Stück 6.50

Frauen-
Waschkleid
aus mittel- und dunkel-
gründigem besten
Waschmusselin, bis
Gr. 52, Stück 3.95

Frauen-Woll-
musselkleid
bis Gr. 52, l. po. Qual.
und schönen aparten
Farbgestaltung, m. Kunst-
seid. Marocain 9.50
weste . . . Stück 9.50

Kunstseid.
Marocainkleid
sehr elegant, in zarten
Farben, w. lehr, nil
und blau, mit apart.
Mohlsaumstoff, des-
gleichen auch in ele-
ganter Sport-
form . . . Stück 12.50

MESSOW
G. m. b. H.
Schmiedeburde
WALDSCHMIDT
Federn, schräge
m. Band-
Garner,
kleidsam. Form, gute
weiche Qual., 2.45
viel. Farb., St.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Am 7. September, mittags 1 Uhr, verschied nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der
Pasadenputzer
Karl Schubert
im Alter von 60 Jahren.
Breslau, den 9. September 1932.
Steinstraße 51
Dies zeigt in tiefstem Schmerz an
Pauline Schubert
verw. Flebig, geb. Bucke
nebst Kindern u. Anverwandten.
Beerdigung: Sonnabend, den 10. Sept., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes, verläng. Lohestraße, aus.

Deutscher Bauwerksbund
Am 7. September 1932 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Patzer
Karl Schubert
im Alter von 60 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, 10. September, 15 1/2 Uhr, von der Halle des Salvator-Friedhofes.

Deutscher Bauwerksbund
Am 6. September 1932 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Maurer
Paul Franz
im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, 10. September, 15 1/2 Uhr, von der Halle des Pohlenowitzer Friedhofes.

Am Mittwoch, dem 7. September 1932, verstarb unser wertiges Mitglied
Frau Luise Lehmann
im Alter von 71 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß Breslau
Beerdigung: Sonnabend, 10. Sept., 16 Uhr, auf dem Bernhardinriedhof in Dürigoy.
Trauerhaus: Karl-Legien-Str. 17 | Distrikt 43

Genossen
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht

Schlafzimmer
neu, Eiche
mit Nuss,
vollst. kompl.
RM 405.-
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.
(neben Capitol)

Die kleine Anzeige
die Du aufgeben magst,
wenn Du siehst, ver-
teufeln und lernen willst,
gehört in Deine Zeitung
in die **Volkswacht!**
Dort ist sie billiger als
in der bürgerlichen Presse
und bringt Dir
bestimmten Erfolg!

Wieder fiel zu Arndt der 2. Hauptgewinn
der 22. Volkswohl-Lotterie

23. Volkswohl-Lotterie
Ziehung vom 10. bis 15. September 1932
Alle Gewinne 90% bar Geld
45336 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von

350000 RM
Hauptgew. 150000 RM
Hauptgew. 75000 RM
Hauptgew. 50000 RM
Hauptgew. 25000 RM
Hauptgew. 10000 RM
Hauptgew. 5000 RM

Glücksbrille 5 RM
Glücksbrille 10 RM
Lose 1 RM
Porto u. Liste 35 Pf. extra
Doppellose 2 RM

Versand auch gegen Nachnahme
Arndt
Spielen Sie bei Arndt, hier erwartet Sie das Glück!

Lotteriebüro
BRESLAU 5
Glücksbrille
(gegenüber Wälsch)
Postfach 67465
Breslau

Zurück!
Zahnarzt Dr. Winke
Königstraße 3

Ich übe kinderärztliche Praxis
wieder bei sämtl. Krankenkassen aus
Kinderärztin Dr. Julie Aron geb. Cohn
Kaiser-Wilhelm-Straße 76
Sprechstund. 3/2-4 1/2 Sonnabend 9-10

Genossen! Es bleibt dabei!
Nur das **Fahrradhaus Sieg, Neumarkt 19**,
das Haus aller Werktätigen, bietet Spitzenleistungen!
Herrnrad, kompl., ab 36.00. Damenrad, kompl., ab 39.00.
Rahmen, kompl., ab 13.50. Decken, nicht 2a-Waren, Fabrikat
Conti, Dunlop, Odenwald usw. 0.90, 1.20, 1.50, 1.95, 2.50.
Schläuche ab 0.65. Geklebte, Naturgummi, 3.50. Pedale 0.65.
Licht ab 0.50. Sattel ab 2.40. Felgen ab 0.60. Weiter Teile billigst.
Genossen 5% Sonderabatt! 2862

Alles was Sie brauchen an
Schuhbedarfsartikeln, Ledersohlen usw.
kaufen Sie am besten bei
Walter Neuser, Neumarkt 21

Druckerei Volksmacht
Moderne, zweckmäßige und saubere
Ausführung aller Druckarbeiten
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Jeder Reichsbannermann
und treue Republikaner

liest die älteste und einzige
Illustrierte Republikanische Zeitung

I. R. Z.

Anerkannt hervorragend redigiert!
Reichstes aktuellstes Bildmaterial!
Modernste Drucktechnik!

Und dabei nur 20 Pf.

Alle Reichsbanngruppen,
Kolporteurs, Volksbuchhandlungen
nehmen Bestellungen an

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn

August Bebel
Mit einem Bildnis 90 Pfennige
Buchhandlungen Volksmacht, Breslau

Breslauer Nachrichten

Heute noch und morgen

halt du die Möglichkeit, einen schriftlichen Antrag um Aufnahme in die kirchliche Wählerliste zu stellen.

Nun muß es aber werden Ein neuer Hitler ist im Anmarsch

In Breslau hat wieder einer eine ganz funktionsneue Partei gegründet. Es ist klar, daß der Mann in dem Glauben lebt, uns fehle nichts weiter als eine neue Partei.

Deutscher Volksbund

(Nationalkommunistische Großkampfgemeinschaft) (Nationalkommunistische Arbeiter- bzw. Volkspartei Groß-Deutschlands)

Schon der Name, mit dem endlich auch der großindustrielle Jogenannte Langnamverein überflügelt wird, läßt erkennen, daß ein neuer Hitler im Anmarsch ist.

Ausstellung „Gesunde Frau - Gesundes Volk“

Filmvorführungen im Marmorlaal. Ein Wunderwerk der Filmtechnik ist der Film „Der Krebs“, der täglich nachmittags in der Zeit von 17 bis 18 Uhr im Marmorlaal der Jahrhunderthalle läuft.

Eprung aus dem Fenster

Heute morgen gegen 3 Uhr ist die 71jährige Ehefrau G. aus dem Küchenfenster ihrer im dritten Stockwerk eines Hauses in der Binzenstraße gelegenen Wohnung in den Hof gesprungen.

Mutter und Kind durch Gas getötet

In der Siedlung in Krietern wurde am Mittwoch Vormittag die 37jährige Ehefrau Martha S. sowie ihr 1/2 Jahre altes Kindchen besinnungslos aufgefunden.

Zodessturz bei der Arbeit

Im Georgen-Krankenhaus ist am Mittwoch der 37jährige Elektro-Installateur Richard S. aus der Tauenhienstraße 156 an den Folgen eines Schädelbruchs gestorben.

Der Kulielenzinski-Prozess

Die Niederlage des Staatsanwalts Die Verteidiger erteilen ihm Unterricht

Dieser Urteilspruch bedeutet eine Niederlage des Anklägers, wie sie selten in der Geschichte politischer Prozesse vorkommt. Oftmals pflegt zwar das Gericht unter dem Antrag des Staatsanwalts zu bleiben, oftmals auch freizusprechen.

Der Nationalsozialist Patichowski ist böse auf die „Volkswacht“, weil sie es für einen unhaltbaren Zustand hält, daß ausgerechnet das Mitglied einer Partei, die möglicherweise — wunderbar zur Demokratie bekehrt — übermorgen Regierungsanteile auf den preussischen Staat zu erlangen im Begriffe ist.

Wir haben keinen Grund, in Begeisterungsstürme auszubrechen, nur weil Parteifreunde nicht unschuldig in den Keller geschickt wurden. Wir haben dazu um so weniger Grund, als ja auch Verurteilungen erfolgten, als vor dem Sondergericht tagtäglich in kleineren Auschnitten bei uns frugwürdiger Beweisführung harte Urteile gegen Proletarier gefällt werden.

Die gestrige Sitzung

begann mit der Fortsetzung der Zeugenvernehmung, in deren Verlauf der Vorfall mit Kulielenzinski in der von ihm gegebenen Darstellung mehrfach bestätigt wurde, während andere wiederum erklärten, er habe dem Auto zugewinkt, als er noch nicht blutete.

Polizeipräsident Thais

wurde dann als Leumundzeuge für Kulielenzinski vernommen und beauftragt, daß er K., trotzdem dieser prononciertem Vertreter einer politischen Richtung sei, als besonnenen Menschen kenne.

Staatsanwalt Patichowski

Seine Anklagerede mit der Bemerkung, das Staatsgefüge werde erschüttert, wenn man den Angaben der Angeklagten folgen würde, deren „trampfhafte Abkennungsversuche“ durch die „unbejüngten Aussagen der Mehrheit der vernommenen Zeugen“ restlos widerlegt worden seien.

Paras, daß die Zeugen, die die Verhandlungen an Kulielenzinski teilnehmen hatten, nichts Näheres über die Vorgänge an dem Auto auszusagen vermochten, folgte der Anklage, daß K. eben ein „Patichowski“ — also wohl vor den Augen der Polizei, die ihn ja dann die erste Hilfe leistete — mißhandelt worden sei.

Strafanträge

Kulielenzinski 2 Jahre Zuchthaus, Wolf 1 1/2 Jahre Zuchthaus, Villors 1 1/2 Jahre Zuchthaus, Pollad 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Scharte, Fed, Herbert Duttke, Slawny und Fleming je 1 Jahr Gefängnis, Greulich, Dujakel, Schwitalla, Haberland, Marich, Donath, Suchantke, Schubert, Riesler, Gruner, Würz, Kojag, Felsmann und Reinhold Duttke je 1 1/2 Jahre Gefängnis, Luz acht Monate Gefängnis, Scharmentke zehn Monate Gefängnis.

die Waidoners der Verteidiger

Als erster Vorkämpfer für die sozialistischen Angeklagten Genosse Wandmann in ausführlicher Würdigung des Tatbestandes, während Genosse Dr. Braun-Magdeburg in einer überaus feiselselben Rede, die sogar von politischen Gegnern mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt und als bedeutungsvoll anerkannt wird.

Genosse Wandmann

wendet sich in der ihm eigenen sachlichen Schärfe dagegen, daß Organe der Rechtsplege sich hier kritiklos nicht von ihrem eigenen parteipolitischen Standpunkt loslösen könnten, sich nicht zu jenem Standpunkt der Objektivität durchzuringen vermochten, die Grundlage jeder Rechtsplege ist.

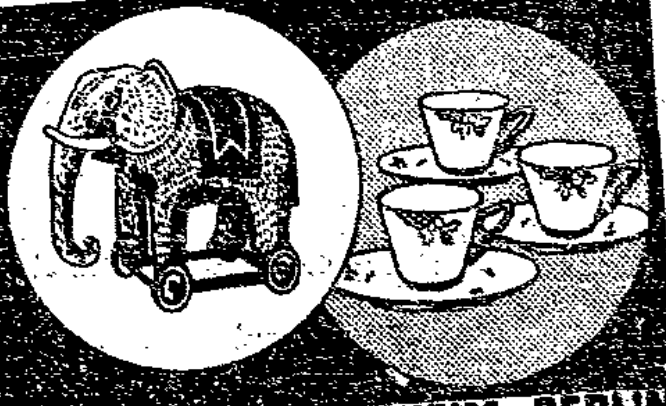
Sammeln Sie die Gutscheine von:

SUNLICHT SEIFE Doppelstück 27 Pf. Würfel..... 23 Pf. VIM Die Putzfrau in der Dose Doppeldose 35 Pf. Normaldose 20 Pf.

LUX SEIFENFLOCKEN Doppelpaket 45 Pf. Normalpaket 27 Pf. SUMA Das moderne Waschmittel Originalpaket..... 36 Pf.

Atlantis die neue Toilette Seife zu 25 Pf.

3 TASSEN mit Untertassen echt Porzellan 56 Gutscheine Elefant auf Rädern 133 Gutscheine



SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-BERLIN

Der verscholzte Rundfunk Die Berliner Funkstunde verurteilt — Der Prozeß Dr. Kürschner vor dem Arbeitsgericht — Scholz oder die Geschichte eines Charakters

Das Berliner Arbeitsgericht verurteilte am Donnerstag die Berliner Funkstunde M. G. zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 3000 Mark an den von ihr „aus politischen Gründen entlassenen“ früheren Leiter der aktuellen Abteilung, Dr. Kürschner. Der Vorsitzende des Rundfunktribunals, Edleff Appen, hatte gegen diese Entlassung „wegen unbilliger Härte“ Protest erhoben, während der Rundfunk in einem früheren Gremium geltend machte, daß es sich hier um eine Kündigung handele, gegen die gesetzlich nichts einzuwenden wäre.

Das Gericht stellte nach langer Verhandlung fest, daß Dr. Kürschner seine Aufgabe sachlich erfüllt habe. Daß seine — dieser brüsten Form nicht zulässige — Entlassung aus politischen Gründen erfolgte, gehe also nicht nur daraus hervor, sondern auch aus der allgemein bekannten Tatsache, daß der Rundfunk beabsichtige, in Zukunft die Ziele der Rechtsparteien stärker als bisher zu betonen.

Das Urteil des Berliner Arbeitsgerichts ist ein Schlag ins Gesicht des Reichsrundfunkkommissars Dr. Scholz. Die plumpe Art und Weise, in der der neueste der „neuen Herren“ Politik macht, findet hierzulagen seine gerichtliche Bestätigung. Zuerst wurde von Scholz Dr. Flesch, der Intendant der Berliner Funkstunde, in die Wüste geschickt. Flesch, ursprünglich Rundfunkleiter in Frankfurt a. M., hatte dem Berliner Rundfunk ein nicht immer reifliches, aber doch jedenfalls besonders auch in musikalischer Hinsicht, oft recht künstlerisches Gesicht gegeben — es half nichts, die Leistung konnte ihn nicht retten; der Jude, obgleich er zum Zentrum übergetreten war, wurde verbrannt. Es blieben noch andere Opfer auf der Straße; daß es die Begabteren gewesen zu sein scheinen, beweist die zunehmende Verflachung und Verwässerung des Rundfunkprogramms, von seinem ästhetischen, geistigen Militarismus ganz zu schweigen. Und der Fall Kürschner sollte nochmal besonders aufhorchen machen — gern man jetzt eigentlich abstellt, wenn sich der Rundfunk selbst.

Die Funkstunde machte vor dem Arbeitsgericht geltend, daß Dr. Kürschner in erster Linie als erst im reiferen Alter einbürgerter „geborener Ausländer“ ungeeignet sei, „als Träger der Mittler deutscher Kultur und deutschen Geistes“ angesehen zu werden; die Stelle, die er innehatte, müßte von einem „Nationaldeutschen“ besetzt werden. Dr. Kürschner brachte hierauf zahlreiche Beispiele vor, die beweisen, wie viele angebl. „Ausländer“ — ihrer Herkunft aus dem deutschen Kulturkreis vorausgesetzt — Vorkämpfer, Träger und Mittler deutscher Kultur gewesen sind: von Heimut von Wittke, der in der dänischen Flotte gedient hatte, über Käthe, Max Reinhardt, den exaristokratischen Offizier und internationalen Abgeordneten Freitag-Loringhonen bis zum „gelernten Deutschen“ und Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Fritz Klein. Abgesehen davon muß hinzugefügt werden, daß zum Nachfolger Dr. Kürschners vom Reichsrundfunkkommissar Dr. Scholz ausgerechnet Herr Arnold von Ronnen, gleichfalls ein noch nicht „eingebürgerter“ Schriftsteller, eingeleitet worden ist. Das Dichtertum dieses Herrn ist eine eigene Sache. Solange er von „Watermord“ bis zu „Barbara Warr“ Dramen und Romane produzierte, die einander an Qualität zwar sämtlich unterboten, an sexueller Verwerflichkeit jedoch von Unfall zu Unfall übersteigerten, war es die Tagespresse, die Bronnen als Juden, Judenstammeling und angeblichen „Bronnen aus Wien“ aufs heftigste beschwerte. Erst als Herr Bronnen sein vaterländisches Herz erbeutet hatte und sich einmal nicht nationalstisch genug gebärden konnte, nahmen die Götter des Nationalismus, sonst ebenso inständig wie verächtlich auf der Dichtersuche, den gefundenen Sohn offen in ihre Arme auf. Soviel nebenbei über den Bronnen, aus dem die Funkstunde jetzt deutsche Kultur schöpft.

Kürschner selbst machte vor Gericht noch einige recht interessante Ausführungen über den Hüter seines Bronnens, eben den famosen Reichsrundfunkkommissar Scholz. Herr Scholz bewachte sich — nach Kürschner — seinerzeit bei dem damaligen Reichsinnenminister Severing über das Mißtrauen, das man ihm entgegenbringe: er stehe doch auf dem Stresemann-Flügel der Deutschen Volkspartei, die ihn über zu den Ihren zählen durfte; er sei doch ein treuer republikanischer Beamter usw. Scholz war auch dafür eingetreten, daß Brüningreden auf Schallplatten übertragen werden sollten; er verhinderte, daß bei den Präsidentenwahlen ein anderer Kandidat als Hindenburg sprach; er erklärte die Ausweisung, daß im Falle des Ablebens des früheren Ministers die Regelung der Programmgestaltung eben dem „Lati“ der einzelnen Intendanten überlassen bleiben müsse — alles das allerdings, bevor die Nazikonjunkturen ihren Höhepunkt erreichte. Herr Scholz das Mitgliedsbuch der braunen Garbe erwarb.

Die Berliner Scholz-Opfer (außer Flesch und Kürschner) sind nicht die einzigen. In Breslau wurde der ausgezeichnete literarische Kritiker Eugei plötzlich entlassen, offenbar, weil er sich durch Inanspruchnahme einiger sozialer Hörspiele rechtlich verächtlich gemacht hatte. Was sich unter Herrn Scholz noch ändern wird, wissen wir nicht; die Namen seiner Helfer verheizen nicht gerade besonders viel „Kultur“: sein persönlicher Referent ist der Rundfunkkommissar Dr. Krusenbergs vom Reichsverband der deutschen Industrie; ein weiterer Assistent ist Direktor Walter Eumelburg, früherer Berliner Vertrauensmann der Dragesch; kommissarischer Referent für kulturelle Programmarbeiten ist Herr Dr. Kurt Stapelfeld, früherer Redakteur der „Hamburger Nachrichten“, des deutschnationalen Schutzorgans der Mörder von Beuthen.

Man hat ausgerechnet, daß die gesamte Amorgantisation des Rundfunks, die Liquidationsunkosten und die Abfindungen für abgebaute Angestellte insgesamt 2,57 Millionen Mark ausmachen. Alles von Deinen 2 Mark! Aber darüber hinaus zahlt das Volk auch die geistigen Kosten: die letzte Schönheit der Kultur, die letzte Freiheit der Meinung ist aus dem Lautsprecher verbannt, und Stumpfsinn scholzt aus den Ruinen!

Wichtige Feststellungen im Frauenmord am Zempelhofer Meer

Der Untermieter der ermordeten Frau Bruscati in Berlin, Dr. Cyrcaci Wantrupp, ist von seiner Reise zurückgekehrt und hat sich der Mordkommission zur Verfügung gestellt. Seine Vernehmung ergab wichtige Einzelheiten. In der Wohnung konnte festgestellt werden, daß sich der Mörder der Frau Bruscati nach der Tat umgekleidet hat. Der graue Hut mit dem schwarzen Band, der auf dem Schreibtisch gefunden wurde, gehört nicht dem Untermieter. Zweifellos ist er Eigentum des Mörders. Im Schrank des Untermieters fand man eine mit Blut beschmierte Smokingjacke. Wie sich zeigte, hat der Mörder die Smokingjacke des Untermieters angezogen und seine blutbefleckte dafür hinein gehängt. Er hat auch sein Hemd zurückgelassen und dafür ein Hemd des Untermieters angezogen.

Nach ein „Mordhäuser“

Ein Kurpfuscher in Nordhausen wurde vom dortigen Gericht zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte ein angeblich gegen Gallucht wirksames Mittel, das zum größten Teil aus Brunnenwasser bestand, zum Wucherpreis von 107 Mark verkauft.

Betriebsunfall auf dem Essener Hauptbahnhof

Auf dem Essener Hauptbahnhof sollte in der Nacht zum heutigen Freitag ein Postwagen von einem Zug zum anderen umgelegt werden. Infolge eines falschen Hebelgriffes des Weichenstellers stürzte der Postwagen um und begrub einen ihn begleitenden Rangierer unter sich. Dieser war auf der Stelle tot. Materialschaden entstand nicht, auch der Betrieb erfuhr keine Unterbrechung.

Suchtaurteil aus einem Ehestreit

Vom Berliner Sondergericht (Marshner Kammer) wurde der Maurer Hermann Wiefemann wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen tatsächlichen Angriffs gegen einen Polizeibeamten auf Grund der Terror-Notverordnung vom 9. August zur Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Wiefemann hatte bei einem Streit Frau und Tochter mißhandelt, später richtete sich seine Wut und Schlagfertigkeit auch gegen die von Nachbarn zu Hilfe gerufenen Polizeibeamten. Das Gericht erklärte, daß es trotz der Alltäglichkeit der Affäre zu dem Zuchthausurteil kommen müsse, da der Tatbestand eines Angriffs gegen einen Beamten auch dann unter die Terrorverordnung falle, wenn ein private und unpolitische Gründe zu diesem Angriff geführt hätten. Das Gericht hob jedoch den Haftbefehl auf und überließ die weitere Entscheidung der Gnadeninstanz.

Ein Wohläter

Der auf einer Autofahrt tödlich verunglückte Dresdener Baumeister Göpfert hinterließ sein mehrere Millionen betragendes Vermögen fast vollständig wohltätigen Stiftungen und Einrichtungen. Der Hauptteil soll zur Erziehung eines Heimes für erholungsbedürftige, unbemittelte Dresdener Männer und Frauen dienen, die in jenem Heim unentgeltlich aufgenommen werden sollen. Auch der Dresdener Akademie der bildenden Künste, an der Göpfert studiert hat, wurde eine größere Summe zur Verfügung gestellt. Die Akademie soll nach der Bestimmung des Verstorbenen alljährlich eine Anzahl jugendlicher Künstler zu Studienzwecken nach Italien schicken.

Früh übt sich . . .

In Berlin wurden am Donnerstag der 25-jährige Herzog Fitzwih und sein 23 Jahre alter Freund Werner Lüge unter der Beschuldigung des Bankbetruges verhaftet. Beide wurden nach längerem Kreuzverhör überführt. Mitte Juni ein Berliner Bankinstitut mit Hilfe eines raffinierten Tricks um 40.000 Mark geschädigt zu haben. Die Kriminalpolizei sucht noch einen dritten Komplizen, einen gewissen Ernst Böhm.

Preis der Zeit

Als der seit einem Jahr erbeitslose Olympiasieger im Bantamgewichtstringen, Jakob Brendel, nach seiner Heimkehr nach Nürnberg zurückkehrte, überbrachte ihm Oberbürgermeister Dr. Luppe den vaterstädtischen Lohn: die Nachricht, daß eine große Motorenfabrik ihn anstellen werde . . .

Blutige Zusammenstöße im englischen Streikgebiet



Ein Bild aus dem Streikgebiet von Lancashire, wo bei einer Demonstration der Streikenden ist es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei gekommen, die nun gegen die Menge vorgeht.

König Dickerle und sein Göhnchen

Von G. Th. Rotman



13. Es wurde Mittag; immer heißer brannte die Sonne und nach stets waren die beiden unterwegs. „Ach, ach, sie waren so durstig! Sieh, da am Weg sah Frau Hase und verkaufte Rüben, Möhren und Milch. „Ach, gib uns etwas zu essen und zu trinken“, sagte König Dickerle. „Erst zahlen“, sagte Frau Hase.



14. Aber König Dickerle hatte keine Geldbörse zu Hause liegen lassen. Vor Durst fing Hierewitt jetzt an zu weinen und König Dickerle hatte so fürchtbares Mitleid mit dem Kleinen, daß er seine Krone abnahm. „Hier, nimm sie mir“, sagte er zur Frau Hase, „es ist reines Gold.“ Aber da erscholl plötzlich eine Stimme: „Nein, das wird nicht gemacht!“

Proleton

Tonkimbühne
Gabitstr. 20, Hefchenstr. 49 Beginn 1/5, 7 u. 1/9 Uhr

Ab Freitag, den 9., bis Donnerstag, den 15. September

Die verbotene Cousine aus Warschau

mit Liano Haid, Fritz Schulz, Széke Szakall

Neueste Tonwochenschau

Voruntersuchung

mit A. Bassermann, G. Fröhlich, Charlotte Anders

Auf der Bühne:
2 Summer-Comedian-Humoristen

Preise ab 60 Pfennige Erwerbslose bis 50%, Ermäßigung!

Sonntag, 11. September, 1/3 Uhr: Kinder-Vorstellung

Lederstrumpf-Kampf ums Blockhaus / Tonbeiprogramm

Arbeiter-Sport-Kartell

Die Hungererwerbsordnung

Steuererhöhung durch Bürgersteuer — Das Existenzminimum des Volkes bedroht

Die Notverordnung der Regierung von Papen ist von bisher unerreichter Einseitigkeit. Das Tarifrecht wird so gut wie beseitigt. Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeiter und Angestellten werden gekürzt, Sozialpolitik und Sozialversicherung der Wirtchaft der Bürokratie und der Reaktion ausgeliefert.

Aber diese Clappen im Kampf gegen den Wohlstandsstaat haben den regierenden Baronen noch nicht genügt.

In dem gleichen Augenblick, in dem die Unternehmer Steuern um anderthalb Milliarden gekürzt werden, wird die Bürgersteuer, die unsozialste Steuer, die das deutsche Steuerwesen kennt, erheblich erhöht.

Zwar hat die Regierung mehrfach feierlich verkündet, daß sie jede Steuererhöhung ablehne, aber wie man jetzt sieht, bedeutet diese Erklärung genau so wenig wie die wenige Tage vor dem Erlass der Notverordnung abgegebene, daß eine allgemeine Ermäßigung zur Verringerung von Sozialpolitik und Sozialversicherung, wie sie jetzt in der Notverordnung enthalten ist, nicht beabsichtigt sei.

Die Bürgersteuer wurde bisher für ein ganzes Jahr in einigen Monatsraten entrichtet, die zu Anfang des Kalenderjahres erhoben wurden. Jetzt bestimmt jedoch die Notverordnung, daß für das Jahr 1932 die Bürgersteuer auch in den Monaten Oktober, November und Dezember erhoben werden darf. Sie ermächtigt sogar die Länderregierungen, die Gemeinden zur Erhebung der Bürgersteuer zu zwingen.

Es handelt sich also in keiner Weise um eine Verzögerung der Zahlungstermine der Bürgersteuer aus dem Jahre 1931 in das Jahr 1932, sondern um eine regelrechte Erhöhung der diesjährigen Bürgersteuer.

Wenn es sich dabei auch um eine Steuer zugunsten der Gemeinden handelt, so ändert das nichts daran, daß entgegen den bisherigen Regierungsankündigungen die Bürgersteuer als einzige Steuer für das laufende Jahr wesentlich erhöht wird.

Allerdings sind gegenüber dem bisherigen Zustand einige Erleichterungen vorgesehen. Der Zuschlag von 50 v. H. der bei Verheirateten für die Ehefrau zu machen war, fällt fort. Die Steuerbeträge werden um 25 v. H. gekürzt. Auch können die Gemeinden statt der bisherigen starren Freigrenze von 300 Mark jährlich eine bewegliche Freigrenze in der Höhe der Richtgröße der allgemeinen Fürsorge einführen. Aber diese wichtigen Erleichterungen der Bürgersteuer für den einzelnen Steuerpflichtigen auch kein Müssen, für die Gesamtheit der Steuerpflichtigen bleibt eine riesige Erhöhung ihrer Steuerlast, die mit 100 Millionen Mark kaum zu hoch geschätzt sein dürfte.

Den Unternehmern Steuerermäßigungen, der Klasse des Volkes Steuererhöhungen, das ist die Wirkung dieses Teils der Regierungsmassnahmen.

Ist eine derartige Maßnahme schon in normalen Zeiten untragbar, weil sie dem wichtigsten Grundlag jeder Steuerpolitik, der Gerechtigkeit und der sozialen Verteilung der Lasten widerspricht, so gilt das in erhöhtem Maße für die gegenwärtige Notzeit. Die Bürgersteuer wird nach dem Einkommen des Vorjahres berechnet. Millionen Menschen haben in diesem Jahre ein geringeres Einkommen als im vorigen Jahre. Ihre Steuer aber müssen sie von dem nicht mehr vorhandenen höheren Einkommen entrichten. Unter diesem Mangel leiden alle Steuerpflichtigen, so daß die Beschwerden über die Bürgersteuer aus allen Kreisen kommen, zumal Abänderungen bei besonderen Härten nicht zugelassen werden.

Ungleich schwerer aber ist die Benachteiligung, die den Lohn- und Gehaltsempfängern zugefügt wird. Wird der Tarifbruch und die Lohnsenkung durchgeführt, so vermindert sich in den nächsten Monaten das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger normalerweise ganz allgemein. Von diesem verminderten Einkommen muß dann noch die zu hohe Bürgersteuer entrichtet werden. In den meisten Gemeinden Deutschlands wurde die Bürgersteuer in Höhe von 300 Prozent des Landessteuers, also von 3 mal 8 Mark = 24 Mark erhoben. Wo das der Fall war, wird jetzt für die Monate Oktober bis Dezember nochmals ein zusätzlicher Beitrag von 6,75 Mark eingezogen. Wo die Bürgersteuer 400 oder 500 Prozent beträgt, sogar 9 Mark bzw. 11,25 Mark. In der Lohnkürzung von 10 bis 20 Prozent tritt also eine weitere Kürzung von 2,25, 3,00 oder gar 3,75 Mark pro Monat durch die Erhöhung der Bürgersteuer.

Daß das bei allgemeiner Senkung der Löhne, allgemeiner Einschränkung der Arbeitszeit sowie bei dauernden früheren Lohnkürzungen und Entlassungen der sonstigen Steuern- und Soziallasten die weitere Einkommensteigerung unter das Existenzminimum herabsinkt, hat die Reichsregierung erscheinend in keiner Weise beachtet.

Niemals zuvor hat die Gesetzgebung so einseitige und brutale Wirkungen gezeigt. Daß trotzdem der Reichsfinanzminister bei der Begründung der Notverordnung im Rundfunk sagen konnte, sie bringe allen Teilen des Volkes eine Entlastung und müsse deshalb von allen unterstützt werden, daß der Reichskanzler erklärte, das Existenzminimum bleibe erhalten, das zeigt, daß der Herr Baron neben der Fähigkeit auch der Willkür zu einer Politik, die den Interessen der Massen des deutschen Volkes auch nur einigermaßen gerecht wird.

Unübersichtlicher Arbeitsmarkt

Der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage im Reich, wie sie sich in der zweiten Augusthälfte gestaltet hat, gibt wenig Aufschluß über den tatsächlichen Sachverhalt. Die neuen Zahlen besagen bereits wenig über die wirkliche Bewegung am Arbeitsmarkt. Auf der einen Seite weiß man nicht, wieviel Arbeitslose nicht mehr zu den Arbeitsämtern kommen, weil sie doch keine Unterstützung mehr erhalten. Auf der anderen Seite haben wir zurzeit weißentlich auch noch eine künstliche Arbeitslosigkeit.

Ein Teil der Arbeitgeber, der von den Plänen der Regierung zur Anfurhebung der Wirtschaft schon seit längerer Zeit Kenntnis hat, dürfte im Mittel August nicht unbedingt notwendige Arbeitskräfte beschaffen haben, um jetzt um so leichter in den Genuss der Arbeitsbeschaffungsprämie zu kommen. Man wird die ersten Maßnahmen über eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt, die eines Tages kommen werden, mit großer Vorsicht aufnehmen müssen. Einmal ist das Glend des Arbeitsmarktes hinter unübersichtlichen Zahlen versteckt. Dieses Glend ist viel größer, als die offiziellen Arbeitsmarktfiguren zum Ausdruck bringen.

Am 31. August waren bei den Arbeitsämtern rund 525 000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem Stand

von Mitte August ist diese Zahl um 158 000 niedriger. Während der Berichtszeit haben sich die neuen Bestimmungen über die Brüfung der Hilfsbedürftigkeit und über die Abgrenzung des Personenkreises der Arbeitslosen noch weiter ausgewirkt, gleichzeitig hat aber der Arbeitsmarkt einzelner Berufsgruppen auch eine tatsächliche, überwiegend in der Jahreszeit begründete Entlastung erfahren. Welchen Anteil diese verschiedenartigen Einflüsse an der Gestaltung des zahlenmäßigen Gesamtergebnisses haben, entzieht sich der Feststellung.

Am 31. August entfielen auf die Arbeitslosenversicherung rund 898 000, auf die Arbeitslosenversicherung rund 1 298 000 Hauptunterstützungsempfänger. Bei Kostenaussparungen der werkschaffenden Arbeitslosenversicherung waren schätzungsweise 65 000 Personen beschäftigt. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden Ende August rund 130 000 tatsächlich beschäftigte Arbeitsdienstpflichtige gezählt. Die Zahl der von den Gemeinden befreuten Wohlfahrtsarbeiter, die nach den neuen Grundätzen der Notverordnung von den Arbeitsämtern anerkannt wurden, belief sich auf rund 2 018 000.

Protestschritt der Eisenbahner

gegen die Massenentlassungspläne der Reichsbahn

Die Eisenbahnerorganisationen haben bei der Reichsregierung gegen die Massenentlassungspläne der Reichsbahn einen Protestschritt unternommen. Die Hauptverwaltung hat bisher auf den Protest der Tariforganisationen gegen die Vorbereitung der Massenentlassungen stets erklärt, es sei kein Geld da. Die Eisenbahnergewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung die Bewilligung von Mitteln, da es an Arbeitsgelegenheit bei der Reichsbahn nicht fehlt. Baustoffe und Baumaterial für größere Umbauarbeiten sind vorhanden. Notwendig wären lediglich verhältnismäßig geringe Ausgaben für Arbeitslöhne.

Der Reichsverkehrsminister hat den Eisenbahnerorganisationen mitgeteilt, daß der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft im Rahmen des vom Reichstatter bekanntgegebenen Wirtschaftsprogramms Mittel in Form von Steuergutscheinen zufließen werden. Diese Mittel würden zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen Verwendung finden. Auch werde das Verkehrsministerium bemüht sein, aus diesen Zusammenhängen an die Reichsbahn Mittel zur Finanzierung von Oberbauarbeiten einzusetzen.

Diese Mittelbereitstellung wird, wenn nicht in letzter Stunde die Reichsbahnhauptverwaltung einlenkt, den Abbau kaum aufhalten; denn die Mittel werden — leider muß damit gerechnet werden, nur in ungenügendem Maße bereitgestellt oder zu spät

Der westfälische Metallkonflikt

Unternehmer fordern 20 Prozent Lohnsenkung

Der Verband der Arbeitgeber in der westfälischen Textilindustrie hat in dem Lohnstreit den Schlichter um Vertragsstilllegung gebeten. Die Verhandlungen fanden am Mittwoch im sächsischen Arbeitsministerium statt. Die Arbeitgeber brachten erneut zum Ausdruck, daß sie eine Lohnsenkung bis zu 20 Prozent haben wollen. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten mit aller Entschiedenheit eine Lohnsenkung ab und haben den Nachweis erbracht, daß die Löhne in der sächsischen Textilindustrie so niedrig sind, daß sie nicht abgebaut, sondern erhöht werden müßten. Die Gewerkschaften haben den Standpunkt vertreten: lieber keinen Tarifvertrag als eine Lohnsenkung. Die Verhandlungen sind gescheitert. Der Schlichter hat daraufhin die Schlichterkammer gebildet, die am Montag, dem 12. September, zusammentritt.

Zur Zeit ist schon Zehntausenden von Eisenbahnarbeitern das Arbeitsverhältnis aufgelöst. Nach wie vor sind trotz aller Dementis und Beruhigungsversuche nach den Anordnungen der Hauptverwaltung im ganzen Reich 52 000 „Bahnunterhaltungsarbeiter“ auf ernste Abbaubedrohung. Sie sollen bis Ablauf des Septembers entlassen sein. Diese „Bahnunterhaltungsarbeiter“ sind in Wirklichkeit zum allergrößten Teil Leute aus dem Betriebs- und Verkehrsdienst, die zum Teil sogar jahrzehntelange Beamtendienste verrichtet haben, aus ihren früheren Dienststellen jedoch in die Bahnunterhaltung überwiesen wurden. Und warum erfolgen diese Überweisungen? Weil im Betriebs- und Verkehrsdienst der Reichsbahn trotz der großen Arbeitslosigkeit 54 Stunden und noch länger gearbeitet wird.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag gegen den Abbau bei der Reichsbahn eingebracht. Die Reichsregierung soll auf die Reichsbahn-Gesellschaft einwirken, daß die vorgesehenen Entlassungen von etwa 52 000 Eisenbahnarbeitern unterbleiben, die ausgesprochenen Kündigungen zurückgezogen und die Entlassenen wieder eingestellt werden.

Nun können sie sich austoben

Der Lohnsenkungsfreibrief für die Unternehmer

Die neue Notverordnung der Reichsregierung gibt den Unternehmern einen Freibrief für weitere Lohnsenkungen. Mit der ganzen Entwicklung steht wohl die Tatsache in Zusammenhang, daß gerade in den letzten Monaten verhältnismäßig Produktion und Beschäftigungsgrad außerordentlich stark gesunken sind. Einige Industrien, denen man besonders enge Beziehungen zur Regierung von Papen nachsagt, haben geradezu ein verdächtiges Abbau- und Stilllegungsfieber erwischt.

Als Ausgangspunkt für ihre Künfte hat die Regierung den Durchbruch der letzten drei Monate oder den 15. August festgelegt. Den Unternehmern ist es also freigestellt, sich den Termin auszusuchen, mit dem sie am besten wegkommen. Die Unternehmungen, die in den letzten Wochen massenhaft Arbeiter entlassen haben und nach einem noch nie dagewesenen Tiefstand der Produktion wieder eine gewisse Mehrbeschäftigung erreichen werden können nur die Löhne kürzen und erhalten dazu noch eine sogenannte Mehrbeschäftigungsprämie. Alle Betriebe, die in den bösen Krisenjahren 1931/32 auf Kosten der öffentlichen

Hand ihre Betriebe „geläubert“ haben, erhalten einen Sondervorteil gegenüber den Betrieben, die ihre Arbeiter durchhielten. Auf diese Ungerechtigkeit wird selbst von bürgerlichen Blättern, die dem Papen-Programm gegenüber Sympathien aufbringen, hingewiesen. Sie verurteilen die sozialpolitischen Abbaumassnahmen der Reichsregierung aufs allerheftigste. Die Verordnung der Reichsregierung öffnet dem Mißbrauch Tür und Tor. Nach dem Wortlaut der Verordnung soll es auch genügen, wenn in einzelnen Betriebsabteilungen Mehrbeschäftigungen erfolgen, um Lohnabbau durchzuführen. In der Landwirtschaft ist der Vorjahresmonat zur Grundlage genommen, ohne Rücksicht darauf, daß es Witterungsschwankungen gibt und daß Witterungsschwankungen naturgemäß die Beschäftigungslage beeinflussen müssen. Im übrigen ist nicht einmal Gewähr dafür gegeben, daß eine allgemeine Arbeitsstredung vorgenommen wird; denn die Einstellungsprämien und das Recht zur Kürzung der Löhne von der 30. bis zur 40. Wochenarbeitsstunde erhalten alle Betriebe, auch die, die bei einer mehr als 40stündigen Wochenarbeitszeit verbleiben.

Wer hat etwas anderes erwartet?

Die Arbeitgeber stehen hinter Papen

denn die Notverordnung ist für sie ein Geschäft

Jahren Zuchthaus verurteilte Reichsbannerkamerad Max Der von Reichsminister des Berliner Sondergerichts zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Reichsarbeitsminister besprach am Mittwoch mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber die Durchführung der Verordnung der Reichsregierung zur Anfurhebung der Wirtschaft. Die Spitzenvertreter versicherten, sie würden die Regierung bei ihrem Versuch, die Arbeitsmöglichkeiten zu vermindern und zu erhalten, unterstützen. Arbeitgeber und Regierung sind sich einig. Die Arbeitgeber stehen hinter dem Programm der Regierung.

Die Arbeitgeber sind also hundertprozentig befriedigt. Die Arbeitnehmer sind hundertprozentig enttäuscht. Bei den Gewerkschaften aller Eilrichtungen, nicht nur bei den freien, sondern auch bei den christlichen Organisationen und bei den anarcho-syndicalistischen Arbeitervereinigungen, z. B. bei dem Deutschen Gewerkschaftsbund, kommt die bitterste Bitterung der Arbeitnehmer über den durch unsozialen Geist des Wirtschaftskreislaufes und Sozialprogramms der Regierung hervor zum Ausdruck. Auch der DGB lehnt die Notverordnung auf das heftigste ab.

Die Entwicklung der Reichsbank

Nach Schluß des Monats August (4. Augustwoche) unterstreicht die Möglichkeit einer Diskontherabsetzung, die wohl nach der Behandlung der ganzen Frage im Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich am 19. September erfolgen wird. In der vierten Augustwoche wurde der Reichsbankkredit nur mit 376,9 Millionen Mark vermehrt in Anspruch genommen gegenüber 350 Millionen Mark Ende Juli. Damit ist der gesamte von der Reichsbank gemachte Kredit auf 3 618,2 Millionen Mark angestiegen (Ende Juli 1932 = 374,4 Millionen Mark). In der Währungsreserve ergibt sich ein erheblicher Zuwachs, und zwar haben sich die Gold- und Devisenbestände um 13,4 Millionen Mark auf 925,1 Millionen Mark erhöht. Die Erhöhung entfällt durchweg auf die Devisen, die sich auf 156,8 Millionen Mark steigerten. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen betrug Ultimo August 24,2 Prozent gegenüber 25,2 Prozent in der Woche vorher und 22,5 Prozent Ende Juli.